Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 77. **Montag** den 12. Februar 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

40,000 Mark
hat gegen 1. Hypothek sofort auszuleihen
Sparcasse Leutzsch.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 11. Februar.

Zu den Schwierigkeiten, die dem **deutsch-russischen Handelsvertrage** im Reichstage entgegenstehen, tritt, seitens eine allerdings beinahe unverständliche, aber dem „Hamburg. Corr." von anscheinend preußisch-officiöser Seite mit größter Bestimmtheit gemeldete Nachricht sich bestätigt, eine solche im Bundesrathe. Danach soll Bayern officiell die Zustimmung zu dem Handelsvertrage davon abhängig gemacht haben, daß Preußen sich verpflichtet, die Staffeltarife auch in Getreide und Mehl aufzuheben und während der Vertragsdauer nicht wieder einzuführen! Die grundsätzlichen Bedenken, die gegen ein solches Vorgehen und zwar nicht blos vom preußischen Standpuncte sich erheben, sind wesentlich die, daß die großen nationalen Interessen, die an das Zustandekommen des gedachten Handelsvertrages sich knüpfen, benutzt werden sollen, um einen Bundesstaat in der Freiheit der Ordnung von Angelegenheiten zu beschränken, die rechtlich zu seiner alleinigen Zuständigkeit gehören, daß der Reichshebel benutzt werden soll, um Preußen in der seinen wirthschaftlichen und finanziellen Interessen entsprechenden Bestimmung über die Tarife auf seinen eigenen Bahnen zu hindern. Die schon hieraus herzuleitenden Einwendungen gegen das Vorgehen Bayerns werden durch die begleitenden Umstände wesentlich erschwert. Die preußisch-bayerischen Verhandlungen über die Wirkung der Staffeltarife sind nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen, um den bayerischen Commissaren Zeit zu lassen, den Beweis für die von ihnen aufgestellte, aber nicht mit Beweismaterial ausreichend begründete Behauptung einer schädlichen Einwirkung der preußischen Staffeltarife, die preußischerseits unter Beibringung gewichtiger Beweisstücke bestritten ist, zu erbringen. Statt des erwarteten Beweismaterials ist die erwähnte bayerische Erklärung eingegangen. Die Vermuthung, daß dies geschehen sei, um von der Erbringung des anscheinend schwierigen Beweises für die bayerischen Behauptungen befreit zu werden, liegt nahe. Dazu kommt, daß, während der Anspruch erhoben wird, Preußen möge auf das für die künftige Gestaltung seines Eisenbahntarifwesens grundlegende System der Staffeltarife verzichten und damit zugleich ein finanzielles Opfer von gegenwärtig etwa 5 Millionen im Jahr bringen, in Bayern die Einführung von Staffeltarifen für Holz zum Theil wenigstens zum Zweck der Verbreiterung des Marktes zu Lasten der preußischen Holzproducenten geplant wird. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit sich in Muthmaßungen zu ergehen, wäre zwecklos; daß, wie immer der Ausgang sein mag, ein starker, im Interesse der Einigkeit und der inneren Festigkeit des Reiches im höchsten Grade zu bedauernder Stachel zurückbleiben wird, ist leider nur zu sicher.

Die **Klerikalen** in **Oesterreich** sind wegen der Vorgänge in Ungarn überall stark verschnupft, und sie suchen der Regierung in den Einzellandtagen Verlegenheiten zu bereiten. So waren sie es, welche die Vertagung des Vorarlberger Landtages provocirt haben. Dieselbe steht unzweifelhaft mit den Abänderungen in Verbindung, welche der Wehrausschuß an der Novelle zum Landesvertheidigungs-Gesetz beschlossen hatte. Es kommt hierbei in erster Linie der folgende in Vorschlag gebrachte Zusatz in Betracht: „Wer sich der Mißhandlung von Soldaten schuldig gemacht oder an einem Duell irgendwie betheiligt hat, kann, unbeschadet der strafrechtlichen Folgen, in tirol-vorarlbergischen Truppenkörpern die Officiers-Charge oder Unterofficiers-Charge weder erhalten noch beibehalten." Dieser Antrag enthält einen ganz unzweifelhaften Eingriff in die Rechtssphäre des obersten Kriegsherrn, und er war für die Regierung schlechterdings unannehmbar. Da aber keinerlei Aussicht dafür vorhanden war, daß die klerikale Majorität des Vorarlberger Landtages diesen Zusatz fallen lassen werde, ging die Regierung mit der Vertagung des Landtages vor. Man bringt in klerikalen Organen die Haltung der Majorität des Vorarlberger Landtages vielfach mit der Affaire Stoecel und der Versetzung dieses Militair-Caplans, welcher sich geweigert hatte, den im Duell gefallenen Regimentsarzt Wagner einzusegnen, in Verbindung; allein man kann den Verdacht nicht unterdrücken, daß mit dem beantragten Zusatze, dessen Unannehmbarkeit seitens der Regierung seinen Urhebern klar sein mußte, auch der Zweck verfolgt wurde, das Zustandekommen der Novelle zum Landesvertheidigungs-Gesetze zu vereiteln oder wenigstens hinauszuschieben. Man sträubt sich in Tirol und Vorarlberg gegen die zweijährige active Dienstpflicht in der Landesvertheidigung, und in der That hat der Vorarlberger Landtag so viel erreicht, daß die Novelle in diesem Jahre kaum mehr in Kraft treten wird. Angesichts der Vorgänge auf dem Vorarlberger Landtage darf man mit einiger Spannung der Haltung entgegensehen, welche der erst im Sommer zusammentretende Tiroler Landtag in der gleichen Frage einnehmen wird.

Die **belgischen** Klerikalen scheinen neidisch zu sein auf die Lorbeeren, welche die verbündeten Radicalen und Socialisten mit ihrem Sturm gegen den Verwaltungsrath der Brüsseler Universität davongetragen haben, denn nun planen auch sie einen Schlag gegen die Hochschule, der, wenn er glücken sollte, ihren Bestand aufs Höchste gefährden würde. Die fast 60 Jahre bestehende freie Universität hat nämlich bis heute noch keine Corporationsrechte, so daß ihre Lage eine ganz ungeordnete ist. Nun sind Theile der Universitätsgebäude in den Besitz von Klerikalen durch Erbschaften übergegangen; zu den Besitzern gehören der jetzige Cultusminister De Burlet, die Herren Doucet und Verhaegen. Klerikale Kreise sehen darin eine Möglichkeit, der Universität zu Leide zu gehen und ihre Verstaatlichung in die Wege zu leiten. Das wird abzuwarten sein, denn jeder staatliche Versuch, die Hochschule dem Klerikalismus auszuliefern, würde die erbittertsten Kämpfe hervorrufen. Jedenfalls ist die Lage ebenso verworren als ernst, und man muß sich auf neue Conflicte gefaßt machen. — Der alte Plan einer Reise des Präsidenten der französischen Republik nach Brüssel, der schon so oft gefaßt und wieder aufgeschoben wurde, taucht neuerdings auf, scheint aber auch diesmal wieder zu Wasser werden zu sollen. Die Stadt Antwerpen errichtete nämlich zur Erinnerung an ihre Vertheidigung gegen die Engländer im Jahre 1812, welche General Carnot, der berühmte Großvater des jetzigen französischen Staatsoberhauptes im Dienste des ersten Kaiserreiches, leitete, ein Denkmal, zu dessen feierlicher Enthüllung sie Carnot eingeladen hat. Dieser hat, wie verlautet, die Einladung nicht angenommen, denn die Besorgniß besteht fort, daß der Besuch Carnot's in Brüssel zu republikanisch-socialistischen Kundgebungen des von den Radicalen befehligten hauptstädtischen Pöbels ausgenutzt werden würde. Aus derartigen Demonstrationen könnten der belgischen Regierung nur Verlegenheiten erwachsen, und auch die französische Regierung hat gegenwärtig zu viel mit sich selbst zu thun, als daß sie Lust verspüren könnte, sich an anderer Leute Feuer die Finger zu verbrennen.

In **Frankreich** hat die Nachricht von der Niedermetzelung der Expedition des Oberstlieutenants Bonnier bei **Timbuktu** große Bestürzung hervorgerufen. Die Sorge und Unruhe, die man wegen des Schicksals der Besatzung von Timbuktu und der übrigen in der Luft schwebenden Abtheilungen in diesem Theil des dunkeln Continents empfindet, ist um so größer, als auf diesem Schauplatze der Ereignisse seit geraumer Zeit ein kaum glaublicher, aber sehr bedauerlicher Mangel an einheitlicher Leitung und Kriegszucht sich fühlbar gemacht hat. Die Officiere scheinen, hoch und niedrig, von kühnem Thatendrang über die ihnen gewiesenen Grenzen fortgerissen zu werden, wahrscheinlich in der Erkenntniß, daß der Erfolg von den Radaublättern daheim derart verherrlicht werden würde, daß die Regierung gezwungen wäre, statt der Strafe Lob und Beförderung zu spenden. Der Commandant der französischen Nigger-Flottille war nach erfolgter Landung, ohne eine bezügliche Instruction erhalten zu haben, auf eigene Faust nach Timbuktu vorgedrungen. Als Oberstlieutenant Bonnier davon Kenntniß erhielt, rügte er zwar das Verhalten des Commandanten der Flottille und beantragte, daß dieser zur Disposition des Marineministeriums gestellt würde, beeilte sich aber selbst, nach Timbuktu zu gelangen. Mit Unterschätzung der von Seiten der Tuaregs drohenden Gefahren hat er kaum die verhängnißvolle Recognoscirung unternommen. Wie beklagenswerth auch vom rein menschlichen Standpunct die Katastrophe erscheinen mag, kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß Oberstlieutenant Bonnier selbst die Schuld an dem eigenen Schicksale, sowie an demjenigen seiner Officiere trägt. Die Niederlage ist um so bedauerlicher, als sie kaum so bald gerächt werden kann. Die Ermordung des Obersten Flatters und seiner Begleiter durch die Tuaregs ist noch heute nicht bestraft, und doch ist Insalah, wo das Verbrechen begangen wurde, von Algier oder Oran aus weit leichter zu erreichen als Timbuktu vom Senegal. An einen Feldzug in jener Gegend ist gar nicht zu denken, denn die Tuaregs sind so gut wie unfaßbar; auf ihren schnellen Pferden und Reitkameelen verüben sie Ueberfälle, verschwinden aber sofort wieder spurlos in der Wüste. Ihnen dahin folgen zu wollen, kann nur Leuten einfallen, die keine Ahnung von den Schwierigkeiten eines Feldzuges haben, wo jeder Tropfen Wasser, Proviant und Futter für die Pferde und Tragthiere mitgeführt werden muß. Das Einzige, was sich vorläufig thun läßt, ist eine erhebliche Verstärkung der Besatzung von Timbuktu, das um jeden Preis gehalten werden muß, und ein planmäßigeres, vorsichtigeres und imponirenderes Auftreten den Tuaregs gegenüber, damit derartige Ueberfälle sich nicht wiederholen oder mit gebührendem Nachdruck zurückgeschlagen werden. Sollte man in Paris weitergehende Pläne haben, so würde sich deren Verwirklichung sehr bald empfindlich rächen. Sehr vernünftig dagegen ist der Vorschlag des „Figaro", das Tuaregbiet zu besetzen, denn obgleich dasselbe räumlich weit entfernt von Timbuktu liegt und von diesem durch die Wüste getrennt ist, sind die Tuaregs, die in der Wüste nach allen Richtungen umherstreifen, doch in der Lage, von Tuat aus das benachbarte Algerien zu beunruhigen, oder doch die südlich von Algier und Tunis wohnenden unbändigen Saharastämme zu fanatisiren. Wie gemeldet wird, herrscht dort bereits eine auffallende Erregung und Erbitterung über die Besatzung Timbuktus.

Der **italienische** Ministerpräsident ist nach kurzem Aufenthalt in Neapel nach Rom zurückgekehrt und hat die Leitung der Regierungsgeschäfte wieder übernommen. Französische Blätter verbreiten freilich das Gerücht, der Gesundheitszustand Crispi's sei ein noch keineswegs gefestigter und gebe zu Bedenken Anlaß. Was mit derartigen Ausstreuungen beabsichtigt wird, liegt auf der Hand. Um so erfreulicher ist dagegen die Ehrlichkeit des officiösen „Temps", welcher berichtet, die Gesundheit Crispi's sei anscheinend befestigt. Wie der „Temps" überhaupt sich durch seine besonnene Politik auszeichnet, läßt er auch der staatsmännischen Begabung Crispi's eine durchaus angemessene Beurtheilung zu Theil werden. Insbesondere wird hervorgehoben, daß das energische Vorgehen des italienischen Conseilpräsidenten auf der Insel Sicilien jedenfalls die Wiederherstellung der Ruhe herbeigeführt habe. „Crispi", heißt es in dieser Beziehung, „kennt die Seele seiner Landsleute in wunderbarer Weise, und man muß ihm die Gerechtigkeit erweisen, zu glauben, daß er die für seine Auffassung geeignetsten Mittel angewendet hat, um den Frieden in den Straßen und in den Gemüthern herzustellen. Sicherlich hat er nicht die Prätention, das schmerzhafte Problem auch nur gestreift zu haben, das den Grund des dauernden Uebelbefindens und der unablässig wiederkehrenden Ruhestörungen bildet. Man hat aber in der That alle Ursache zu der Annahme, daß er zunächst das Ziel, das er sich steckte, erreicht hat, und daß der Scandal einer Art von Bürgerkrieg vor der energischen Action des leitenden Ministers und seiner Agenten verschwunden ist." — Da die äußerste Linke im italienischen Parlament gerade Crispi's Action auf der Insel Sicilien anfechten will, würde es sich empfehlen, daß diese Parteigruppe die besonnene Auffassung des leitenden republikanischen Organs in Frankreich beherzigen möchte, woran indessen kaum zu denken ist.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 11. Februar. Die Wahlvorbereitungen für die Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Meseritz-Bomst an Stelle des Herrn von Unruhe scheinen einen günstigen Verlauf zu nehmen. Das Zusammenhalten aller deutschen Parteien ist unbedingt nöthig, wenn der Wahlkreis nicht den Polen anheimfallen soll. Auf deutscher Seite herrscht aber bis jetzt die größte Zersplitterung. Nicht weniger als vier Candidaten werden genannt: der mittelparteiliche Landesgerichtspräsident Wettke, die beiden freiconservativen Landtagsabgeordneten von Tiedemann und von Dziembowski und ein vom Bund der Landwirthe aufgestellter Agrarier, Graf Dohna. Die letztere Candidatur hat gar keine Aussichten auf Erfolg, ist aber wohl geeignet, das Mandat einem Polen zuzuschanzen. Die halbpolnischen Wahlkreise in Posen und Westpreußen gehen mehr und mehr an die Polen verloren. Schuld daran ist einerseits die Uneinigkeit der deutschen Wähler, andererseits die preußische Polenpolitik, die, anstatt die deutschen Elemente über die Gegensätze wirthschaftlicher Interessen hinauszuheben und im nationalen Gedanken zu verbinden, die deutsche Wählerschaft mit Mißmuth und Kleinmuth erfüllt und die Empfindung für die Wichtigkeit der Mitarbeit an vaterländischen Culturaufgaben mehr und mehr abstumpft.

* **Berlin**, 11. Februar. Bei dem Festessen des ersten Garde-Regiments z. F. im Regimentshause zu Potsdam, welchem der Kaiser bekanntlich anwohnte, dankte der Regiments-Commandeur, Oberst v. Kessel, für die vielfachen Gnadenbeweise, welche dem Regimente durch den Kaiser anläßlich der Jubelfeier zu Theil geworden. Der Kaiser sprach darauf in längerer Rede dem Regimente erneut seine Anerkennung für dessen hervorragende Leistungen im Kriege und im Frieden aus. Später erhob sich der Kaiser nochmals und übergab dem Regimente als bleibendes Andenken an den 9. Februar einen prachtvollen goldenen Pocal mit der Bestimmung, daß aus ihm das Hoch auf den höchsten Kriegsherrn durch den Regiments-Commandeur auszubringen sei. Im Laufe des Abends wurde im Regimentshause durch Officiere des ersten Garde-Regiments das Lustspiel „Militairfreuden" aufgeführt. Mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 11 Uhr 16 Minuten Abends kehrte der Kaiser nach Berlin zurück. — Gestern früh machten der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Ausfahrt und den gewohnten Spaziergang im Thiergarten. Nach der Rückkehr ins königliche Schloß empfing der Kaiser den Chef des Generalstabes, General von Schlieffen, zum Vortrage, arbeitete längere Zeit mit dem Generaladjutanten v. Hahnke und hörte darauf den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths Dr. v. Lucanus. Um 1 Uhr wurde der bisherige niederländische Gesandte Dr. Joukheer van der Hoeven vom Kaiser in Abschiedsaudienz empfangen.

* **Berlin**, 11. Februar. Der Evangelisch-sociale Congreß wird vom 15. bis 17. Mai in Frankfurt a. M. tagen. Das vorläufige Programm ist folgendes: Dienstag, den 15. Mai: a. Nachmittags 5 Uhr: Ausschußsitzung; b. Abends 8 Uhr: öffentliche Begrüßungsversammlung. Mittwoch, den 16. Mai: a. früh 9 Uhr: 1) Eröffnung des Congresses durch den Präsidenten; 2) Jahresbericht des Generalsecretairs; 3) erstes Referat: Die sociale Frage und die Predigt (Consist.-Rath Prof. D. Cremer-Greifswald); b. Nachmittags 3 Uhr: zweites Referat: Die deutschen Landarbeiter, mit besonderer Berücksichtigung auf die vorjährige Enquete des Congresses (Professor Dr. Max Weber-Berlin und Generalsecretair P. Paul Göhre-Frankfurt a. O.). Donnerstag, den 17. Mai, früh 9 Uhr: a. drittes Referat: Die Gewerkschaftsbewegung (Amtsrichter Kulemann-Braunschweig); b. viertes Referat: Das sociale Problem und die alte Kirche (Professor D. Harnack-Berlin).

— Zu dem Essen, das am Dienstag bei dem Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg stattfindet, und an dem auch der Kaiser theilnehmen wird, sind u. A. geladen: sämmtliche Minister, Oberpräsident von Achenbach, Oberpräsident von Puttkamer, die Reichstagsabgeordneten Prinz Arenberg, Koscielski und Freiherr von Stumm.

— Herzogin Wera von Württemberg hat die Rückreise angetreten.

— Der Geh. Medicinalrath Professor Dr. v. Esmarch ist hier eingetroffen.

— Der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrags assistirten von deutscher Seite Generalconsul Frhr. v. Lamezan und der Consul Baron Brück als Secretaire; von russischer Seite Staatsrath v. Tscharikow und Consul Nellis als Secretaire. Die unterschriebenen Vertragsexemplare sind in der Reichsdruckerei auf schlesischem Büttenpapier gedruckt. Die Unterzeichnung des Vertrages wird von den russischen Bevollmächtigten durch eine Festtafel im Kaiserhofe gefeiert, zu der die deutschen Herren geladen sind. Es sind für die Ausschmückung des Saales und die Herstellung der Tafel, der „Post" zufolge, Summen aufgeworfen worden, wie sie bisher in Berlin noch niemals gezahlt worden sind. (?)

— Unter den Mitgliedern der Untersuchungscommission für die Währungsfrage wird noch der Abgeordnete Dr. Hammacher genannt.

— Die Berliner Local-Commission der Socialdemokraten hatte am vorigen Sonntag eine öffentliche Volksversammlung einberufen, um über die Wirthe der Locale „Concordia-Säle", „Sanssouci" und „Buggenhagen" wegen Verweigerung ihrer Locale zu den s. Z. abgehaltenen Arbeitslosen-Versammlungen zu Gericht zu sitzen. Die „Local-Commission" selbst brachte in dieser Versammlung für die Wirthe der beiden erstgenannten Locale Milderungsgründe vor und beantragte, nur über das Local „Buggenhagen" die „Sperre" zu verhängen. Die von 800 Genossen besuchte Versammlung beschloß indessen auch über den Wirth des Concerthauses „Sanssouci", Reetbuser Straße Nr. 4, eine einjährige Sperre. Hiergegen hat die Local-Commission in der Donnerstag-Nummer des „Vorwärts" einen Protest erlassen, in welchem sie den Beschluß der „Volksversammlung" als zu Unrecht gefaßt bezeichnet. Jetzt veröffentlichen die „Genossen" Oswald Gramer, A. Schweizer und Kräker eine Erklärung im „Vorwärts", daß sich die Localcommission um „Gerechtigkeitsgefühl" gar nicht zu kümmern habe. „Des Volkes Wille sei das höchste Gesetz", und die „Localcommission" habe nur auszuführen, was eine „Volksversammlung" als „höchste Autorität" beschließt. In einer am 13. d. M. abzuhaltenden „Protestversammlung" soll der Localcommission für ihr Verhalten ein Mißtrauensvotum ertheilt werden.

* **Hamburg**, 10. Februar. In fünfzehn socialdemokratischen Volksversammlungen wurde gegen die Hamburgische Staatsverfassung als die einer Classenherrschaft energisch protestirt. Der Senat wurde aufgefordert, die jetzigen Steuern durch eine progressive Einkommensteuer zu ersetzen und das allgemeine Wahlrecht einzuführen. (V. T.)

* **Friedrichsruh**, 10. Februar. Alle Angaben über den Tag, an welchem der Kaiser den Fürsten Bismarck hier angeblich besuchen will, werden vom „Hamb. Corr." als Vermuthungen bezeichnet; feste Bestimmungen seien in dieser Beziehung noch nicht getroffen. Soviel aber sei sicher, daß der Kaiser nicht, wie kürzlich als möglich hingestellt wurde, die Fahrt nach Friedrichsruh eines Tages unerwartet antreten und den Fürsten überraschen wird. Die Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Fürsten, der gegenwärtig durchaus zufriedenstellend ist, aber immerhin fortdauernd große Schonung und die Fernhaltung jeder plötzlichen Gemüthserregung erfordert, empfiehlt vielmehr eine möglichst frühzeitige Benachrichtigung über die Zeit des Besuches, und der Kaiser hat bei dem Besuche des Fürsten in Berlin gezeigt, daß er von der zartesten Rücksichtnahme auf dessen Gesundheit erfüllt ist. Man nimmt daher auch an, daß alle Einzelheiten über die Dauer des Besuches und die Art, wie er zur Ausführung gelangen soll, schon jetzt, und zwar bei der letzten Anwesenheit des Grafen v. Moltke in Friedrichsruh, genau festgestellt worden sind, so daß es nur noch der Anmeldung des Tages bedarf, die aber bis heute noch nicht erfolgt ist.

* **Braunschweig**, 10. Februar. Der Staatshaushaltsetat für die nächsten zwei Jahre gestattet den Erlaß der zehnten Stufe der Personalsteuer sowie einer Monatsrate der Grund- und Gewerbesteuer; den Gemeinden werden außer 6 Procent Erhebungsgebühren 17 Procent aller directen Steuern mit 700 000 ℳ und den Kreisen weitere 270 000 ℳ überwiesen; dagegen soll eine Million Mark für außerordentliche Bauten, statt wie früher aus dem Ordinarium, durch eine Anleihe gedeckt werden.

* **Breslau**, 10. Februar. Die Handelskammer veranstaltet zur Kundgebung für den russischen Handelsvertrag eine große Versammlung, wozu außer den hiesigen Kaufleuten die schlesischen Handelskammern und wirthschaftlichen Corporationen eingeladen sind.

* **Meiningen**, 10. Februar. Der Landtag bewilligte 200 000 ℳ zur weiteren Abhilfe des Futtermangels und genehmigte Etat und Steuergesetz. Hierauf wurde er vertagt.

* **Stuttgart**, 10. Februar. Bei der gestrigen Landtagswahl in den Bezirken Ehingen und Laupheim siegten die Centrumscandidaten über die Volksparteiler.

* **München**, 10. Februar. Der Petitionsausschuß der Kammer der Abgeordneten lehnte die Petition betreffs des Schächtverbots ab. — Die Leiche des früheren Botschafters Freiherrn v. Werther wird nach Berlin übergeführt werden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 10. Februar. Der niederösterreichische Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Frauenerwerbsverein eine Subvention von 500 Gulden zu gewähren. Die Antisemiten protestirten gegen die Giltigkeit dieses Beschlusses, da, wie sie behaupteten, das Haus beschlußunfähig sei. Der Landmarschall verkündigte den Beschluß als giltig, worauf die Antisemiten unter lebhaften Protestrufen den Saal verließen. Die Sitzung wurde darauf wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen.

* **Wien**, 10. Februar. Eine Versammlung von Vertretern hervorragender Genossenschaften beschloß, den Ministerpräsidenten im Petitionswege zu bitten, den durch die Nichtabhaltung des Saatenmarktes Tausenden von Gewerbetreibenden drohenden Schaden abzuwenden.

* **Wien**, 11. Februar. (Telegramm.) Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten, Fürst Windischgrätz, durch welches der Reichsrath auf den 22. d. Mts. einberufen wird.

* **Graz**, 10. Februar. Der Gemeinderath beschloß, eine Petition an das Unterrichtsministerium um Rückgängigmachung des Beschlusses betreffend die Schließung der technischen Hochschule zu richten. Der Bürgermeister erklärte, er werde die Petition morgen persönlich dem Minister unterbreiten.

* **Pest**, 10. Februar. Die Interpellation des Klerikalen Meszlenyi im Abgeordnetenhause faßte der Ministerpräsident als puren Scherz auf. Die Antwort wurde, wie gemeldet, von einer großen Majorität zur Kenntniß genommen. Mit derselben stimmte zu allgemeinster Ueberraschung auch Apponyi, der Führer der Nationalpartei.

Frankreich.

* **Paris**, 10. Februar. In dem Ministerrathe wurden Maßregeln berathen für die Sicherheit der Truppen in Timbuktu. Der Präsident Carnot unterzeichnete eine Vorlage, welche die Dauer des Lagerns von Getreide in den Zollniederlagen auf ein Jahr beschränkt. — Die Handels-